

**„Für das Volk etwas tun,
nicht für uns selbst“**

100 Jahre SVP Bezirk Kulm, 23.08.2019, 20.00 Uhr

Saalbau Reinach AG

von Christoph Blocher, a. Bundesrat

<p>Es gilt das schriftliche und das mündliche Wort. Der Redner behält sich vor, auch stark vom Manuskript abzuweichen.</p>
--

Inhalt

I. Aus der Not geboren

II. Wider die rote und goldene Internationale

III. Bauerntag 28. Januar 1919

IV. Krise und Orientierungslosigkeit

V. Liberalkonservativer Erfolgskurs

VI. Erfolgreiche Staatssäulen erhalten

VII. Gefahr des EU-Anbindungsvertrags

Frau Bezirksparteipräsidentin Barbara Borer,
Frau Nationalrätin Sylvia Flückiger
verehrte Herren Nationalräte,
Kandidatinnen und Kandidaten,
liebe Kulmerinnen und Kulmer,
liebe Gäste,
getreue, liebe Mitlandleute,
liebe Frauen und Männer!

I. Aus der Not geboren

100 Jahre SVP Kulm heisst 100 Jahre durchhalten, durchbeissen, sich einsetzen für das Wohl der Kulmerinnen und Kulmer, für den Aargau, für unsere Schweiz. Das ist nicht nichts. Das hiess und heisst immer wieder, auch Nachteile und Verunglimpfungen in Kauf nehmen. Wenn Sie es recht machen, wird dies auch in Zukunft nicht anders sein. Ich gratuliere, dass Sie das – liebe Frauen und Männer – 100 Jahre auf sich genommen haben.

Wie war es denn vor 100 Jahren – nach dem Ersten Weltkrieg? Auch im Bezirk Kulm herrschte damals eine **Situation der Unzufriedenheit, der Krise und der Not. Bürgerlich gesinnte, bisher meist dem Freisinn nahestehende tüchtige Vertreter des Mittelstandes** – vor allem **Bauern, aber auch Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe** – haben damals eine neue Partei gegründet.

Die Schweiz war geschwächt durch die schweren Lasten des – zum Glück für die Schweiz glimpflich verlaufenen – Ersten Weltkrieges. Alle waren erschüttert über den **Generalstreik** vom November 1918 und seine Nachwehen, den die SP und die Gewerkschaften angezettelt hatten. Viele nahmen die bolschewistische Revolution und die dort ausgerufene **«Diktatur des Proletariats» in Russland** zum Vorbild.

Die Strategie des Streikführers Robert Grimm – der natürlich kein Aargauer, sondern ein Zürcher war (!) – beinhaltete (ich zitiere):

«Die Anwendung des unbefristeten allgemeinen Streiks, der zum offenen Bürgerkrieg überleitet und den Sturz der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zum Ziele hat.»

Ende Oktober 1918 veröffentlichte die SP-Geschäftsleitung folgenden Aufruf:

«Schon rötet die nahe Revolution den Himmel über Zentraleuropa. Der erlösende Brand wird das ganze morsche, blutdurchtränkte Gebäude der kapitalistischen Welt erfassen.»

Der Generalstreik erschütterte im November 1918 während mehrerer Tage die ganze Schweiz.

Hinzu kam eine verheerende Grippeepidemie mit vielen tausend Toten.

Natürlich tobte der Streik vor allem in den Städten, allen voran in Zürich. Das Landvolk blieb – schon damals! – vernünftiger und der Aargau sowieso.

II. Wider die rote und goldene Internationale

In der vaterländisch gesinnten Bevölkerung war man aber – schon damals – beunruhigt und erzürnt über das eigene bürgerliche Lager, namentlich über den Freisinn, der den Linken regelmässig auf halbem Weg entgegenkam.

Schon damals standen Teile der FDP und der damaligen CVP nicht fest genug zur unabhängigen, freiheitlichen Schweiz.

Es gibt nichts Neues unter der Sonne!

Da konnten und wollten viele Kulmer nicht mehr mitmachen. Sie warfen den Freisinnigen vor, diese verträten bloss noch die städtischen Staatsbeamten sowie die Hochfinanz. Der Vorwurf war happig, die Freisinnigen hätten das eigene Land aus den Augen verloren und würden sich zwar nicht für die rote Internationale stark machen, aber für die «goldene»!

III. Bauerntag 28. Januar 1919

Anlässlich eines **grossen Bauerntages** mit tausend Teilnehmern wurde **am 26. Januar 1919 in der Kirche Unterkulm die Bauernpartei des Bezirks Kulm gegründet.**

Das «Wynentaler Blatt» fasste das Ziel der jungen Partei prägnant zusammen, ein Ziel, das heute so aktuell ist wie eh und je: **«Wir müssen für das Volk etwas tun, nicht für uns selber.»**

Das ewige gültige Mahnwort an die Politiker. Es galt damals, es galt gestern, es gilt heute und wird in Zukunft gelten. So rief ich in den siebziger Jahren, in einer Krisensituation der SVP, als neu gewählter Zürcher SVP-Präsident den eigenen Parteifreunden mahnend zu:

«Je weniger die Politiker an sich selber denken, desto mehr denken die Wähler an sie.»

Nicht Karrierespielchen, Pöstchenjägerei und Prestigedenken dürfen uns führen, sondern einzig **das Wohl der Bevölkerung, vor allem des werktätigen Teils des Volkes.**

IV. Krise und Orientierungslosigkeit

Die **Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei** war über Jahrzehnte die prägende, stärkste politische Kraft des Bezirks Kulm und in den Gemeinden fest verankert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verlor sie aber – wie die Partei schweizweit – kontinuierlich an Wählern. Zwar vereinigte sich die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) 1971 mit den Glarner und Bündner Demokraten zur **heutigen SVP**. Aber es war wie in der Wirtschaft: Wenn zwei serbelnde Firmen ohne klare Strategie fusionieren, wird daraus noch lange kein starkes Unternehmen.

So war Mitte der siebziger Jahre die SVP schweizweit am Tiefpunkt ihrer Geschichte angelangt und fiel bei den eidgenössischen Wahlen von 1975 unter 10 Prozent. Der damalige SP-Präsident Helmut Hubacher sagte das baldige Ende der SVP voraus und sprach ihr den einzigen Bundesratsplatz ab. **Nun, zum Glück lag er falsch – wie alle roten Propheten grundsätzlich falsch liegen!**

In dieser Zeit der Krise und Orientierungslosigkeit im Jahre 1977 wählte mich die Zürcher SVP zu ihrem Präsidenten. Es war eine hoch umstrittene Wahl. An der Wahlversammlung diskutierte und stritt man über mich bis gegen Mitternacht. Dann stand ich auf und sagte:

«Wie immer Ihr entscheidet, Ihr müsst rasch entscheiden. Meine Frau ist auch hier und wir müssen nach Hause, denn sie muss unser vier Monate altes Kind stillen. Und wenn ich das Präsidium der Zürcher SVP nur mit einem verhungerten Kindlein schaffen kann, ist mir das Kindlein dann immer noch lieber.»

Das half! Die gereizte Stimmung wich dem befreienden Lachen. Man schätzte die (unerwartete) menschliche Note des verteufelten Blocher, gegen den man sogar mit Strafklagen kämpfte, und ich wurde mit grosser Mehrheit gewählt.

Die Marschrichtung war klar: Die SVP ist und war eine «liberal-konservative» Partei und muss es bleiben. Das wollten nicht alle in unserer Partei. Zum Beispiel die führenden Leute der Berner SVP – nicht aber die Berner Parteibasis – sprachen vom «sozial-liberalen Kurs», den es zu beschreiten gelte. Aber die Aargauer – und vor allem auch die heute 100 Jahre alte Kulmer Partei – zogen mit. Und heute dürfen wir sagen: Dieser Kurs hatte Erfolg. Man ging konsequent den liberal-konservativen Weg. Die Schweiz ist dank der SVP nicht in der EU. Aber die SVP ist inzwischen von der viertstärksten zur stärksten Partei geworden, ohne dass sie dies je werden wollte!

V. Liberalkonservativer Erfolgskurs

Die SVP des Bezirks Kulm erstarkte mit diesem soliden Kurs prompt wieder – bis zu einem Wähleranteil von **46 Prozent bei den Grossratswahlen 2016**.

Gerne erinnere ich an **grossartige Wynentaler Kollegen im Nationalrat**, den standfesten, durch und durch soliden Gewerbevertreter, Bäckermeister **Christian Speck**, der leider viel zu früh verstorben ist.

Oder an das geschickte, umtriebige Organisationstalent **Hans Ulrich Mathys**, Gemeindeschreiber von Holziken, der Holziken fast zum politischen Zentrum der Schweiz machte.

Oder aktuell an die einflussreiche, umsichtige und tüchtige Gewerbepolitikerin Sylvia Flückiger-Bäni .

VI. Erfolgreiche Staatssäulen erhalten

Wenn wir zurückblicken auf eine Zeit der Krise vor hundert Jahren, müssen wir sagen: Innenpolitisch wie aussenpolitisch sehen wir, wie sich die **Geschichte immer wieder ein Stück zu wiederholen scheint. Es gibt nichts Neues unter der Sonne, längst schon ist es dagewesen.**

1919 war Europa in einem gewaltigen Umbruch. Kaiser- und Königsthronen stürzten ein, ganze Staaten verschwanden und wurden zerstückelt. **An grossen internationalen Konferenzen entwarfen Politiker und Diplomaten am grünen Tisch, lebensfremd und weit weg vom Alltag der Menschen, ihre so genannten Lösungen – die natürlich versagten und zwanzig Jahre später Europa, ja die ganze Welt, in einen blutigen Abgrund stürzten.**

Oh, meine Damen und Herren, **wie viele glanzvolle grosse Reiche sind im Lauf der Geschichte untergegangen.**

Nur mitten in Europa hat ein kleines, machtloses Land über 700 Jahre überlebt. Und erst noch ein von Natur bitter armes Land, ohne Bodenschätze, ohne Meeranschluss, über weite Gebiete gebirgig und unbewohnbar. Das ist eigentlich nichts anderes als ein Wunder! Wir verdanken das einem politischen System, das einzigartig ist. Die Bürgerinnen und die Bürger sind die Chefs. Sie haben – mindestens gemäss Bundesverfassung – das letzte Wort.

Die Bundesverfassung von 1848 und die Verbesserungen von 1874 haben die Staatssäulen festgeschrieben, denen wir unseren Wohlstand und eine Jahrhunderte lange Friedenszeit verdanken:

Direkte Demokratie, Föderalismus und bewaffnete Neutralität. Diese Staatssäulen sind nicht selbstverständlich und müssen immer wieder verteidigt, ja sogar neu erkämpft werden.

Denn die politischen Eliten, die Wirtschaftsfunktionäre, die Medien und die führenden Kreise in Kultur und Gesellschaft haben diese Staatssäulen nicht besonders gern. Sie möchten nicht, dass das Volk der Souverän ist und das letzte Wort hat. **Sie haben die Devise der SVP Kulm umgedreht. Sie wollen nicht für das Volk etwas tun, sondern nur für sich selbst.** Darum wollen sie das Volk mundtot machen, den Bürgern das Stimmrecht wegnehmen, den Volkswillen missachten, wieder den Internationalismus pflegen, statt die Liebe zu den Nächsten – das heisst, den eigenen Leuten im eigenen Land, für die sie eigentlich verantwortlich wären.

Meine Damen und Herren, wie soll man diese neue Klasse nennen? **Am besten die Linken und die Netten.** Nett sein kann ja eine gute Eigenschaft sein. Aber nett sein gegenüber so viel Unrecht, zuschauen, wie ein gesunder Schweizer Apfel von gefrässigen Raupen ausgehöhlt wird – nein, meine Damen und Herren, da gilt es, **Gegensteuer zu geben.** Angenehm kann das ja nicht sein. Sie werden verunglimpft werden. Doch nehmen Sie das nicht allzu schwer, denken Sie an Friedrich den Grossen, der sagte: **«Wer viele Affen um sich hat, wird auch oft gebissen.»**

Aber sehen Sie, der damals knappe Nein-Sieg in der Abstimmung zum Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und zur Europäischen Union, hat uns seither recht gegeben: Wir sind **weder verarmt noch vereinsamt, es herrscht weder die vorausgesagte Jugendarbeitslosigkeit noch die angedrohte Wirtschaftstotenstille**. Im Gegenteil, es geht der Schweiz besser als den anderen Ländern. Eines der Hauptprobleme ist jedoch, die durch falsche Versprechen und vertragswidriges Handeln herbeigeführte freie Zuwanderung!

VII. Gefahr des EU-Anbindungsvertrags

Doch jede Zeit kennt ihre «Arglist», wie es im Bundesbrief von 1291 heisst. So soll auch heute wieder – wie oft in der Geschichte – die Schweiz ihre Besonderheiten aufgeben.

Die Schweizer sollen sich durch eine Vertragsunterschrift selbst aufgeben.

Mit einem institutionellen Vertrag (InstA) soll dies geschehen. Dadurch würde die Schweiz verpflichtet, Gesetze und EU-Beschlüsse automatisch zu übernehmen.

Der Gesetzgeber – Volk und Stände – hätten nichts mehr zu sagen!

Die Schweiz würde gezwungen, den **EU-Gerichtshof und damit fremde Richter** als höchste, von uns nicht mehr anfechtbare Entscheidungsinstanz bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Brüssel und Bern anzuerkennen.

Wenn die Schweiz das EU-Recht nicht übernimmt, erhält die EU das Recht zu **Sanktionen gegen die Schweiz**. Damit wird die Schweiz erpressbar.

Auch wird die Schweiz im InstA **verpflichtet, hohe Jahresbeiträge an die EU zu bezahlen**.

Die Schweiz wird gegenüber der EU **tributpflichtig**.

Die Schweiz könnte nach Abschluss des InstA nicht mehr auf Augenhöhe mit der EU verkehren. Sie wäre **degradiert zur Befehlsempfängerin**. Der Rahmenvertrag bedeutet also nicht die Krönung des bilateralen Weges, sondern **das Ende des bilateralen Weges**.

Unser Arbeitsplatz, die Unternehmen, das Gewerbe und die KMU würden der Bürokratie und Regulierungsdichte der EU unterworfen.

Wir könnten es nicht mehr besser machen, sondern nur noch gleich. Weshalb, meine Damen und Herren, sollten sich denn noch internationale Firmen und Konzerne hier ansiedeln?

Wenn wir diesen Vertrag unterschreiben, bestimmt die EU

- unsere Industrienormen;
- unsere Landwirtschaftspolitik;
- unsere Energieversorgung
- und vor allem unseren Nord-Süd-Transitverkehr.

Sind wir eigentlich von allen guten Geistern verlassen, dass wir diesen Trumpf aus den Händen geben? Wegen dem Gotthardverkehr ist die Eidgenossenschaft 1291 erst entstanden!

Wenn wir diesen Anbindungsvertrag unterschreiben, haben wir

- **Lohnabbau und weniger zum Leben**
- **Noch mehr Zuwanderung und noch mehr Arbeitslosigkeit**
- **Noch höhere Sozialkosten**
- **Höhere Steuern und Abgaben**
- **Mehr Regulierung und Bürokratie**
- **Entmachtung der Kantone und Gemeinden**
- **Stimmrecht für EU-Ausländer**
- **Fremdes Recht und fremde Richter**
- **Und Abstimmungen mit Strafmassnahmen, wenn wir anders stimmen, als die EU will.**

Ein solcher Vertrag ist eines freien Volkes unwürdig.

Dieser Vertrag gehört in den Abfallkübel.

Meine Damen und Herren, sie glauben doch nicht, dass dieser **Club der Internationalisten, der Club der Linken und der Netten, all die anderen Parteien, nicht gespürt hätten, dass sie hier Unrecht begehen.**

Sie sehen, diese schauen nur für sich selbst und nicht mehr für das Wohl von Land und Volk. Darum wollen sie das Thema auf die Zeit nach den Wahlen verschieben, auch die Milliardenbeiträge für den sogenannten Kohäsionsfond – bis zu den Wahlen schönes Versprechen, um nach den Wahlen das Volk in die Irre zu führen.

Nein, meine Damen und Herren – ohne uns. Darum auf zu den Wahlen für mehr SVP-Vertreter!

Unseren Bürgern aber müssen wir zurufen: **Dieser Schandvertrag darf nie in Kraft treten! Fort mit diesem Unterwerfungsvertrag! Weg in den Mistkübel! Und voll und ganz SVP wählen!**

Im Bezirk Kulm nochmals – mindestens in den nächsten 100 Jahren!